



# Der bittere Beigeschmack von Spargel



Die Bedingungen, unter denen nicht gemeldete Saisonkräfte auf unseren Feldern arbeiten, sind seit Jahren verheerend. Ebenso die hygienischen Standards in den »Siedlungen«, wo sie während dieser Zeit wohnen. Die Coronapandemie verschärft diese Situation, ist aber auch eine Aufforderung, die Agrarwirtschaft der EU kritisch zu hinterfragen. Von **Marta Messa**.

Der Frühling ist da! Aber der Frühling 2020 steht im Zeichen einer globalen Pandemie. Der Ausbruch von Covid-19 zwingt uns, bei Themen näher hinzusehen, die noch vor wenigen Monaten keine Schlagzeile wert waren. Dazu zählen die verheerenden Bedingungen, unter denen ein Großteil der Nahrungsmittel auf unseren Tellern von Saisonarbeitern geerntet, verpackt und verarbeitet wurden: eine moderne Form der Sklaverei.

**»Covid-19 wirft ein Schlaglicht auf die Behandlung von Saisonkräften und Arbeitern ohne Papiere oder Vertrag.«**

Überall in Europa ist die Landwirtschaft der Sektor mit der höchsten Dichte nicht gemeldeter Arbeitsverhältnisse – bei niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Tausende von

Wanderarbeitern leben in Behelfsunterkünften und unter mangelnden hygienischen Bedingungen. Ihre Situation wird durch die Diskriminierung, die sie als Migranten erfahren, weiter verschärft.

Covid-19 fügt dieser Problematik eine völlig neue Dimension hinzu. Wo Saisonarbeiter in großen Gruppen untergebracht werden, ist »Social Distancing« praktisch unmöglich und das Risiko, sich zu infizieren und das Virus weiterzuerweitern, entsprechend hoch. Die Betroffenen werden in überfüllten Bussen zu den Feldern transportiert, arbeiten ohne Schutz eng nebeneinander.

Die Spargelernte in Deutschland ist hierfür ein Paradebeispiel. Den eigenen strengen Lockdown-Regeln zum Trotz hat die Bundesregierung beschlossen, 80 000 ausländische Saisonkräfte als Erntehelfer – zunächst für Spargel – nach Deutschland einreisen zu lassen. Organisiert wird die An- und Abreise nach Angaben des DGB-Projekts »Faire Mobilität« allein vom jeweiligen Arbeitgeber;

die Beschäftigten selbst haben keinerlei Mitspracherecht, für wen sie arbeiten, kein Anrecht darauf, die ihnen zugewiesenen Behelfsunterkünfte zu verlassen oder zu wechseln, und keine Möglichkeit, den eigenen Vertrag zu kündigen.

Covid-19 wirft ein Schlaglicht auf die Behandlung – genauer: die Misshandlung – von Saisonkräften und Arbeitern ohne Papiere oder Vertrag. Und verweist auf ein tieferliegendes Problem: Wir haben zu lange weggeschaut, was die zunehmend ungerechte Verteilung von Risiken, Kosten und Gewinnen entlang der Lebensmittelversorgungskette betrifft. Sie hat der Lebensmittelindustrie und dem Einzelhandel eine oligopolistische Verhandlungsposition am Markt beschert, die sie Preise und Bedingungen diktieren lässt, die die Landwirte seit den 1970er-Jahren in massive wirtschaftliche Bedrängnis gebracht hat. In der Folge hat sich die landwirtschaftliche Arbeit immer weiter weg von Familienarbeit hin zu fremdvergebener Beschäftigung verlagert, und schließlich weg von einheimischen hin zu ausländischen Arbeitskräften.

Doch es geht auch anders. Eine jüngst von der Universität Florenz veröffentlichte Studie zeigt, dass Agrarbetriebe, die sowohl ihre Arbeiter als auch die Natur achten und mehr Nähe zwischen Erzeugern und Verbrauchern herstellen, mit der aktuellen schwierigen Lage gut zurechtkommen und sogar dazu beitragen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Lebensmittel, die wir von solchen Betrieben kaufen, haben keinen bitteren Beigeschmack – und auch der Spargel auf unseren Tellern wäre unter solchen Bedingungen wieder ein reiner Genuss.

Unsere individuellen Kaufentscheidungen sind hierfür ein wesentlicher Faktor. Daneben gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte von Arbeitern in der Landwirtschaft zu jeder Zeit respektiert und gewahrt werden. ● Übersetzung: Antje Scheuritzel



Foto: privat

**Marta Messa** leitet das Brüsseler Büro von Slow Food International und arbeitet dort als Slow-Food-Lobbyistin. Ziel der Italienerin ist es, klein- und mittelständische Produzenten und Ko-Produzenten in direkten Kontakt und Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern der Europäischen Union zu bringen.